

Vorlage		Vorlage-Nr: FB 61/0549/WP18
Federführende Dienststelle: FB 61 - Fachbereich Stadtentwicklung, -planung und Mobilitätsinfrastruktur		Status: öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		Datum: 04.11.2022
		Verfasser/in:
Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 27.10.2022		
Ziele:		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
01.12.2022	Mobilitätsausschuss	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Mobilitätsausschuss genehmigt die Niederschrift der Sitzung vom 27.10.2022.

Finanzielle Auswirkungen

	JA	NEIN	
		x	

Investive Auswirkungen	Ansatz 20xx	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx ff.	Gesamt- bedarf (alt)	Gesamt- bedarf (neu)
	Einzahlungen	0	0	0	0	0
Auszahlungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
<i>+ Verbesserung / - Verschlechterung</i>	0		0			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

konsumtive Auswirkungen	Ansatz 20xx	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx ff.	Folge- kosten (alt)	Folge- kosten (neu)
	Ertrag	0	0	0	0	0
Personal-/ Sachaufwand	0	0	0	0	0	0
Abschreibungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
<i>+ Verbesserung / - Verschlechterung</i>	0		0			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

Weitere Erläuterungen (bei Bedarf):

Klimarelevanz

Bedeutung der Maßnahme für den Klimaschutz/Bedeutung der Maßnahme für die Klimafolgenanpassung (in den freien Feldern ankreuzen)

Zur Relevanz der Maßnahme für den Klimaschutz

Die Maßnahme hat folgende Relevanz:

<i>keine</i>	<i>positiv</i>	<i>negativ</i>	<i>nicht eindeutig</i>

Der Effekt auf die CO₂-Emissionen ist:

<i>gering</i>	<i>mittel</i>	<i>groß</i>	<i>nicht ermittelbar</i>

Zur Relevanz der Maßnahme für die Klimafolgenanpassung

Die Maßnahme hat folgende Relevanz:

<i>keine</i>	<i>positiv</i>	<i>negativ</i>	<i>nicht eindeutig</i>

Größenordnung der Effekte

Wenn quantitative Auswirkungen ermittelbar sind, sind die Felder entsprechend anzukreuzen.

Die **CO₂-Einsparung** durch die Maßnahme ist (bei positiven Maßnahmen):

- gering unter 80 t / Jahr (0,1% des jährl. Einsparziels)
mittel 80 t bis ca. 770 t / Jahr (0,1% bis 1% des jährl. Einsparziels)
groß mehr als 770 t / Jahr (über 1% des jährl. Einsparziels)

Die **Erhöhung der CO₂-Emissionen** durch die Maßnahme ist (bei negativen Maßnahmen):

- gering unter 80 t / Jahr (0,1% des jährl. Einsparziels)
mittel 80 bis ca. 770 t / Jahr (0,1% bis 1% des jährl. Einsparziels)
groß mehr als 770 t / Jahr (über 1% des jährl. Einsparziels)

Eine Kompensation der zusätzlich entstehenden CO₂-Emissionen erfolgt:

- vollständig
 überwiegend (50% - 99%)
 teilweise (1% - 49 %)
 nicht
 nicht bekannt

Erläuterungen:

Der Mobilitätsausschuss genehmigt die Niederschrift der Sitzung vom 27.10.2022.

Anlage/n:

Niederschrift vom 27.10.2022

N i e d e r s c h r i f t
Sitzung des Mobilitätsausschusses

2. November 2022

Sitzungstermin: Donnerstag, 27.10.2022
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 20:18 Uhr
Ort, Raum: Sitzungssaal des Rates, Rathaus

Anwesende:

Ratsfrau Monika Annette Wenzel

Ausschussvorsitzende

Herr Dr. Cliff Gatzweiler

Vertretung für: Ratsherr Peter Blum

Ratsherr Matthias Achilles

Ratsfrau Gaby Breuer

Ratsherr Dr. Sebastian Breuer

Ratsherr Wilfried Fischer

Ratsherr Daniel Hecker

Ratsherr Kaj Neumann

Ratsfrau Renate Wallraff

Ratsherr Birdal Dolan

Vertretung für: Herrn Burkhard Fahl

Herr Christian Hofmann

MA/21/WP18

Ausdruck vom: 02.11.2022

Seite: 1/19

Herr Lasse Klopstein

Vertretung für: Herrn Dr. Andreas
Nositschka

Herr Jörg Hans Lindemann

Herr Jasper Nalbach

Vertretung für: Herrn Nicolai Vincent
Radke

Frau Leona Piana

Vertretung für: Herrn Stefan Dussin

Herr Dr.-Ing. Jan van den Hurk

Frau Ye-One Rhie

Herr Rolf Winkler

Vom Beirat:

Herr Birk Müller, AVV

Herr Stefan von der Ruhren, AVV

Herr Hans-Peter Geulen, AVV

Frau Katrin Bünten, AVV

Frau Kathrin Driessen, ASEAG

Herr Joachim Adler, ASEAG

von der Verwaltung:

Frau Frauke Burgdorff, Dez III

Frau Isabel Strehle, FB 61

Herr Uwe Müller, FB 61

Herr Gerd Kempf, FB 61

Herr Harald Beckers, FB 13

Herr Kay Oebels, FB 61

Herr Karl- Heinz- Dohmen, FB 20

Frau Christine Rüdiger, FB 20

Herr Axel Costard, FB 60

MA/21/WP18

Ausdruck vom: 02.11.2022

Seite: 2/19

als Schriftführerin:

Frau Silke Retterath

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift vom 29.09.2022**
Vorlage: FB 61/0530/WP18

- 3 **Tarifliche und vertriebliche Angelegenheiten (AVV-Tarif)**
Tariffortschreibung AVV 2023
Vorlage: AVV/0061/WP18

- 4 **Tarifliche und vertriebliche Angelegenheiten (AVV-Tarif)**
Digitales Karnevalticket
Vorlage: AVV/0062/WP18

- 5 **Tarifliche und vertriebliche Angelegenheiten (AVV-Tarif)**
Aufnahme On-Demand-Verkehre in Tarifbestimmungen
Vorlage: AVV/0063/WP18

- 6 **Tarifliche und vertriebliche Angelegenheiten (VRS-Tarif)**
Tariffortschreibung VRS 2023
Vorlage: AVV/0064/WP18

- 7 **Tarifliche und vertriebliche Angelegenheiten (NRW-Tarif)**

MA/21/WP18

Ausdruck vom: 02.11.2022

Seite: 3/19

Tariffortschreibung NRW 2023

Vorlage: AVV/0065/WP18

8 Nachfolgemodell 9-Euro-Ticket

Vorlage: AVV/0066/WP18

9 Sachstand Corona (ÖPNV-Rettungsschirm)

Vorlage: AVV/0067/WP18

10 Sachstand Dachmarke

Vorlage: AVV/0068/WP18

11 Sachstand Projekt "Regio-Tram"

Vorlage: AVV/0069/WP18

12 Umgestaltung Pontstraße Marienbongard

Hier: Ausführungsbeschluss

Vorlage: FB 61/0518/WP18

13 App "aachen.move": Anreiz zur Veränderung des Mobilitätsverhaltens

Vorlage: FB 61/0520/WP18

14 Haltepunkt Aachen Eilendorf, Ergebnisse der Machbarkeitsstudie Rampen

Vorlage: FB 61/0513/WP18

15 Projektierung der S-Bahn Rheinisches Revier - Abschnitt West - Bedburg-Jülich- Aachen

Vorlage: FB 61/0514/WP18

- 16 **Bachoffenlegung in der Innenstadt**
- hier: **Variantenuntersuchung Gerinneführung Paubach vom Fischmarkt bis Theaterplatz/Kapuzinergraben**
Vorlage: FB 61/0515/WP18
- 17 **Lebenswerte Innenstadt -**
Hier: Sachstandsbericht zum Ratsantrag 32/18
Vorlage: FB 61/0508/WP18
- 18 **Bewohnerparken „U“ (Körnerstraße)**
Hier: Einrichtung der Zone „U“ mit zeitgleicher Zonenerweiterung „J1“ und „W“
Vorlage: FB 61/0511/WP18
- 19 **Umgestaltung der Krakaustraße im Rahmen der Konzepte der Premiumfußwege und Rad-Vorrang-Routen**
Vorlage: FB 61/0500/WP18
- 20 **Kochstraße (ganze Straße, kein Abschnitt) als Haupterschließungsstraße**
Vorlage: FB 60/0064/WP18
- 21 **Erhöhung des Taxentarifs;**
hier: Antrag der Fachvereinigung Personenverkehr Nordrhein Taxi-Mietwagen e.V. vom 28.03.2022
Vorlage: FB 61/0523/WP18
- 22 **Mitteilungen der Verwaltung**

Nichtöffentlicher Teil

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt zunächst die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Als nächstes werden die Tagesordnungspunkte 14 (Haltepunkt Aachen Eilendorf) und 18 (Bewohnerparken „U“ Körnerstraße) vertagt auf die Dezembersitzung.

Dem wird einstimmig zugestimmt.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift vom 29.09.2022

Vorlage: FB 61/0530/WP18

Herr Lindemann bittet darum, in der Niederschrift unter dem TOP Lintertstraße statt dem missverständlichen und negativ besetzten Begriff „Endlösung“ den Begriff „Endergebnis“ zu benutzen.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss genehmigt die Niederschrift der Sitzung vom 29.09.2022.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei vier Enthaltungen wegen Nichtanwesenheit

zu 3 Tarifliche und vertriebliche Angelegenheiten (AVV-Tarif)

Tariffortschreibung AVV 2023

Vorlage: AVV/0061/WP18

Herr Geulen vom AVV präsentiert zum Thema.

Nach seinen Ausführungen hält ihm Herr Klopstein zugute, dass er eindrücklich dargestellt habe, dass die Kostensteigerungen des Unternehmens nicht einmal ansatzweise durch die Tarifierhöhungen ausgeglichen werden könnten und man somit aus seiner Sicht umsichtig abgewogen habe.

Nichts desto trotz werde er für die Fraktion die Linke gegen diese Erhöhung stimmen.

Frau Rhie stimmt zu, dass Preissteigerungen immer weh täten. Allerdings seien die allgemeinen Kostensteigerungen natürlich auch bei dem AVV angekommen und somit eine Tarifierhöhung aus ihrer Sicht nachvollziehbar. Daher werde die SPD für die Erhöhungen stimmen.

Ratsherr Neumann stellt ebenfalls seine Zustimmung in Aussicht. Er sei der Meinung, dass man sich über eine moderate Erhöhung von 3,5% noch glücklich zeigen könne. Grundsätzlich hoffe er aber auf einen umfassenden Wandel der Tarifstruktur mit Einführung des 49€ Tickets.

Auch Herr Lindemann hält die Tarifierhöhung für unumgänglich. Trotzdem seien die vorgestellten, moderaten Preiserhöhungen gerade für die finanziell schwächer gestellten Bürger*innen nicht einfach zu stemmen.

Daher finde er es insbesondere gut, dass der Tarif für das Mobilticket im Abo nicht erhöht werde um gerade diesen Menschen auch weiterhin eine gute Möglichkeit der Mobilität zu bieten.

Herr Hofmann weist darauf hin, dass das Mobilticket nicht für Geringverdiener gelte, sondern lediglich für Menschen mit Bezug von Sozialleistungen. Allerdings müsse insbesondere für die Menschen, die im Niedriglohnsektor arbeiten würden, der ÖPNV bezahlbar bleiben.

Aus seiner Sicht sei der Beschluss momentan schwer zu fassen, da die Entscheidung zum 49€ Ticket noch ausstehe. Somit würde mit einer Erhöhung seines Erachtens das falsche Signal gesetzt.

Ratsherr Achilles fasst zusammen, dass man hier verschiedene Dimensionen zu beachten habe. Neben der finanziellen für den AVV eben auch den sozialen Aspekt für die Nutzer*innen.

Es sei unbedingt notwendig, dass man jetzt handele und er sei froh über den derzeitigen Versuch das Tarifsysteem zu reformieren.

Seine Fraktion werde noch einmalig zustimmen und er hoffe, dass ein solcher Beschluss im nächsten Jahr nicht wieder getroffen werden müsse.

Gleichzeitig formuliert er als Handlungsaufforderung an die Verwaltung, sich parallel mit den Tarifen für die Parkraumbewirtschaftung am Straßenrand zu beschäftigen, um dem entsprechenden Auftrag aus der Mobilitätsstrategie nachzukommen das ÖPNV-Ticket in ein wesentlich günstigeres Verhältnis zum Tarif Straßenrandparken zu setzen .

Herr Winkler vom Seniorenrat appelliert an den AVV, das Ticket auch analog zur Verfügung zu stellen. Ihre Freude über die interfraktionelle Zustimmung zu dem geplanten 49€ Ticket bringt Frau Rhie zum Ausdruck. Die Ausgestaltung der Sozialtickets sei Ländersache und sie appelliere daran, dass sich Länder und Bund hier zusammenschließen sollten um möglichst viel zu erreichen.

Beschluss:

Der regionale AVV-Beirat der Stadt Aachen stimmt einer Fortschreibung des AVV-Tarifs zum 01.01.2023 im beschriebenen Umfang sowie einer weiteren Preisanpassung um durchschnittlich rund 3,5% zum 01.07.2023 zu.

Abstimmungsergebnis:

15 Zustimmungen, 2 Ablehnungen

zu 4 Tarifliche und vertriebliche Angelegenheiten (AVV-Tarif)**Digitales Karnevalticket****Vorlage: AVV/0062/WP18**

Herr Klopstein weist auch hier noch einmal auf den soeben von Herrn Winkler geäußerten Aspekt hin, dass man das Ticket nicht nur digital zur Verfügung stellen solle.

Herr Geulen sagt zu, den Aspekt gerne noch einmal mitzunehmen.

Beschluss:

Der regionale AVV-Beirat der Stadt Aachen stimmt der Einführung eines digitalen Karnevalstickets im AVV zum 01.02.2023 zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 5 Tarifliche und vertriebliche Angelegenheiten (AVV-Tarif)**Aufnahme On-Demand-Verkehre in Tarifbestimmungen****Vorlage: AVV/0063/WP18**

Herr Klopstein möchte gerne wissen, ob die beschriebenen Inhalte auch für den Netliner gelten würden, was von Herrn Geulen verneint wird. Hier gelte der normale Tarif.

Beschluss:

Der regionale AVV-Beirat der Stadt Aachen stimmt der Aufnahme der On-Demand-Verkehre in die AVV-Tarifbestimmungen zum 01.01.2023 im beschriebenen Umfang zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig
MA/21/WP18

Ausdruck vom: 02.11.2022

Seite: 8/19

zu 6 Tarifliche und vertriebliche Angelegenheiten (VRS-Tarif)

Tariffortschreibung VRS 2023

Vorlage: AVV/0064/WP18

Herr Geulen präsentiert zum Thema.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Beschluss:

Der regionale AVV-Beirat der Stadt Aachen stimmt – in Bezug auf die Tarifkooperation AVV/VRS - den vorgelegten Preistafeln für den 01.01.2023 mit einer durchschnittlichen Preisanpassung in Höhe von 3,5% sowie einer weiteren Preisanpassung in Höhe von durchschnittlich 3,87% zum 01.07.2023 zu.

Abstimmungsergebnis:

15 Zustimmungen, 2 Ablehnungen

zu 7 Tarifliche und vertriebliche Angelegenheiten (NRW-Tarif)

Tariffortschreibung NRW 2023

Vorlage: AVV/0065/WP18

Auch hier präsentiert Herr Geulen zum Thema.

Anschließend gibt es keine weiteren Wortmeldungen.

Beschluss:

Der regionale AVV-Beirat der Stadt Aachen stimmt den dargelegten Preismaßnahmen für den NRW-Tarif zu.

Abstimmungsergebnis:

15 Zustimmungen, 2 Ablehnungen

zu 8 Nachfolgemodell 9-Euro-Ticket

Vorlage: AVV/0066/WP18

Nach einer Präsentation von Herrn Geulen gibt Ratsfrau Breuer an, dass sie bei all den Betrachtungen die Frage nach der Infrastruktur vermisst. Ob überhaupt genügend Busse, Personal und dergleichen mehr vorhanden seien, möchte sie wissen.

Herr Geulen stimmt ihr zu, dass dies natürlich die Grundvoraussetzung sei, dennoch sei ein solches Ticket begrüßenswert.

Von der Verwaltung ergänzt Herr Müller aus einer Statistik des VdV, dass man mit dem 9€ Ticket im Sommer rund 1,8 Millionen Tonnen CO² eingespart habe.

Auch Ratsherr Neumann zeigt sich gespannt auf den Nachfolger, bittet jedoch darum, die Studierenden mit ihren Semestertickets nicht aus dem Blick zu verlieren.

Mit Hoffnung auf eine europaweite Lösung zur Tarifstruktur meldet sich Herr Klopstein zu Wort, auch wenn ihm die 49€ für einige Menschen immer noch sehr hoch erschienen.

Die Erwartungen seien nur so hoch, weil es im Vorfeld das 9€ Ticket gegeben habe, ist Herr Lindemann der Meinung. Wenn es bisher kein Ticket dieser Art gegeben hätte, wären aus seiner Sicht alle glücklich über ein potenzielles 49€ Ticket.

Er halte 49€ nicht für zu viel für ein bundesweit gültiges Ticket. Bei dem 9€ Ticket habe es seinerzeit mancherorts zu Überlastungen des Personals und der übrigen Infrastruktur geführt, wodurch es auch viele kritische Stimmen gegeben habe.

Auch Frau Rhie bestätigt, dass sie ursprünglich skeptisch gegenüber dem 9€ Ticket gewesen sei. Die erhobenen Zahlen hätten sie aber eines Besseren belehrt. Es sei ein wichtiges Signal der Regierung gewesen und wenn man momentan die Chance habe, dass der Bund mit großen finanziellen Mitteln einspringe, solle man diese in jedem Fall nutzen.

Die Anregungen bezüglich des Semestertickets und der analogen Verfügbarkeit werde sie gerne mitnehmen.

Herr Hofmann merkt an, dass aus seiner Sicht das 9€ Ticket eine Verramschung des ÖPNV gewesen sei, so dass er einen Preis von 49€ angemessen halte. Man müsse jedoch darauf achten, auch den Ausbau voranzutreiben, sowie das Berufsbild attraktiver zu gestalten.

Auch er sei nicht der Meinung, dass es zu teuer sei, stellt Herr Klopstein klar. Er wolle nur, dass es ein Pendant für das Mobilitätsticket gebe.

Herr Gatzweiler möchte gerne wissen, ob die Transferleistungen von Bund und Ländern an den AVV während des 9€ Tickets in vollem Umfang geflossen seien, was von Herrn Geulen bestätigt wird.

Bund und Länder hätten ausgeglichen, so Geulen. Für das nächste Jahr sei dies jedoch noch unsicher.

Herr Winkler zeigt sich skeptisch, wie die AVV bei den in der Septembersitzung angesprochenen Personalausfällen den Ansturm des 49€ Tickets bewältigen wolle und regt an, den Betriebsratsvorsitzenden zu einer der nächsten Sitzungen einzuladen.

Beschluss:

Der regionale AVV-Beirat der Stadt Aachen nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

MA/21/WP18

Ausdruck vom: 02.11.2022

Seite: 10/19

Einstimmig

zu 9 Sachstand Corona (ÖPNV-Rettungsschirm)

Vorlage: AVV/0067/WP18

Herr Geulen spricht seinen Dank an das Land NRW aus.

Beschluss:

Der regionale AVV-Beirat der Stadt Aachen nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 10 Sachstand Dachmarke

Vorlage: AVV/0068/WP18

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der regionale AVV-Beirat der Stadt Aachen nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 11 Sachstand Projekt "Regio-Tram"

Vorlage: AVV/0069/WP18

Herr Müller vom AVV präsentiert zum Thema.

Rückfragen dazu gibt es als Erstes von Herrn Hofmann, der gerne wüsste, was gegen die Hackländerstraße statt der Normaluhr als Haltepunkt spreche und warum man in Würselen die Variante um Mischverkehr priorisiert habe.

Herr van den Hurk zeigt sich motiviert, dieses Projekt weiterzutragen und mit den Bürger*innen und allen anderen Akteuren in einen intensiven Dialog zu gehen.

Es brauche dringend attraktiver Alternativen zum Auto, gerade auch für Pendler.

Zudem werde Aachen mit einer solchen Tram konkurrenzfähiger. Zu gegebener Zeit solle man es nicht versäumen über Erweiterungen nachzudenken.

MA/21/WP18

Ausdruck vom: 02.11.2022

Seite: 11/19

Ratsfrau Breuer ist der Meinung, dass es zum jetzigen Zeitpunkt nichts bringe, über einzelne Straßen nachzudenken, dies sei später wichtig. Allerdings müsse sie für die anstehenden Haushaltsberatungen wissen, ob die Stadt Aachen hierfür noch zusätzliche Gelder für das Jahr 2023 mit einplanen müsse. Aus ihrer Sicht habe sich die Haltung der Bürger*innen in den letzten Jahren seit dem geplanten Projekt der Campus-Bahn deutlich verbessert.

Ob man die in Aussicht gestellten Fördermittel schon beantragt oder gar bewilligt bekommen habe, möchte Herr Lindemann wissen.

Beantragt seien sie, so Herr Müller vom AVV, eine Bewilligung sei jedoch noch nicht erfolgt. Die benötigten Haushaltsmittel habe man jedoch von Seiten des AVV bereits bei der Stadt und auch bei der Städteregion für das nächste Jahr beantragt.

Der Mischverkehr in Würselen sei dem zu geringen Platzangebot geschuldet und bezüglich des Haltepunktes Normaluhr habe man alle anderen Alternativen eingehend geprüft. Um eine Versetzung in die Hackländerstraße zu realisieren, hätte man dem Grundstück der Sparkasse Herr werden müssen. Frau Burgdorff fasst den Beratungsteil zu diesem Tagesordnungspunkt mit dem Dank an alle an dem Projekt Beteiligten zusammen.

Um 18:55 Uhr endet die Beiratssitzung des AVV; die Sitzung wird unterbrochen.

Beschluss:

Der regionale AVV-Beirat der Stadt Aachen nimmt die Ausführungen zum Sachstand des Projektes Regio-Tram zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 12 Umgestaltung Pontstraße Marienbongard

Hier: Ausführungsbeschluss

Vorlage: FB 61/0518/WP18

Ratsherr Achilles weist darauf hin, dass der ursprüngliche Planungsbeschluss die Prüfung einer Freigabe für den Radverkehr beinhalte und regt an, dies zusätzlich in den Beschluss aufnehmen zu lassen.

Es habe eine lange Diskussion gegeben, so Ratsherr Neumann. Seine Fraktion erkenne an, dass an den Stellen, wo weniger Platz sei, eine Freigabe wenig sinnvoll sei. Er regt an, die Radwege rund um die Pontstraße zu attraktiveren, so dass in Folge dessen eine Freigabe für die Pontstraße überflüssig werde. Fraglich sei aus seiner Sicht, ob man die Ausnahmegenehmigung für die Lieferdienste der ansässigen Gastronomen erwirken könne.

Auch Herr van den Hurk meint, dass es zwar einen guten Grund zum Entzug der Freigabe brauche, eine Fußgängerzone ohne jegliche Fahrzeuge aber in jedem Fall von Wert sei.

MA/21/WP18

Ausdruck vom: 02.11.2022

Seite: 12/19

Er stimmt Ratsherr Neumann zu, dass man die Pontstraße umfahren könne und somit der Entzug der Freigabe an dieser Stelle vertretbar sei.

Dem stimmt Herr Lindemann zu. Er berichtet von einem in der Fahrradkommission vorgelegten Gutachten, bei dem die Gutachter ebenfalls den Wert einer fahrzeugfreien Fußgängerzone als sehr hoch ansähen. Er plädiert dafür, mögliche Fahrradbügel nur am Anfang und am Ende der Fußgängerzone aufzustellen, nicht aber in der Mitte.

Es sei teilweise jetzt schon zu eng für die Fußgänger, empfindet Herr Klopstein. Eine Freigabe käme, wenn überhaupt nur zu bestimmten Uhrzeiten in Betracht.

Auch Herr Gatzweiler sieht den Straßenabschnitt nicht geeignet für Fahrräder, drückt jedoch seine Freude darüber aus, dass die alten Steine erhalten blieben. Aus seiner Sicht werde so auch der Platz Marienbongard aufgewertet.

Ratsherr Achilles konkretisiert, dass er keine Massen an Radfahrenden in der Pontstraße haben wolle, sondern lediglich vereinzelt, zielgerichtet und im Schrittempo.

Dem widerspricht Ratsfrau Breuer, die betont, der Radverkehr sei sicherlich richtig und wichtig, allerdings seien die Fußgängerzonen das letzte Gut, dass die Aufenthaltsqualität von Familien sicherstellen würden.

Ratsherr Neumann verweist auf die Umgestaltung der Jakobsstraße, wo viele Immobilien durch eine Fassadenbegrünung eine Aufwertung erhalten hätten. Da die Stadt hier mittlerweile ein Förderprogramm zu ins Leben gerufen habe, sei aus seiner Sicht ein Hinweis an die Eigentümer darüber sinnvoll.

Die Ausschussvorsitzende Wenzel lässt sodann über den von Ratsherrn Achilles formulierten erweiterten Beschlussvorschlag abstimmen, nach dem die Verwaltung die Freigabe für den Radverkehr zunächst für eine Dauer von 12 Monaten prüfen solle.

Dieser wird mit nur einer Zustimmung bei 16 Ablehnungen abgelehnt.

Beschluss:

Der **Mobilitätsausschuss** nimmt die Ausführung der Verwaltung zur Kenntnis und fasst den Ausführungsbeschluss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 13 App "aachen.move": Anreiz zur Veränderung des Mobilitätsverhaltens

Vorlage: FB 61/0520/WP18

Herr Oebels von der Verwaltung präsentiert zum Thema.

Herr Lindemann fragt, ob man feststellen könne, ob die Nutzer*innen auch wirklich ihr Verhalten geändert hätten oder ob ihr Mobilitätsverhalten nicht eh so gewesen sei wie vorher.

MA/21/WP18

Ausdruck vom: 02.11.2022

Seite: 13/19

Bei den vorgestellten Nutzer*innenzahlen halte er den Einfluss vermutlich für überschaubar.

Die Detailauswertungen stünden noch aus, so Oebels. Künftig seien aber auch Umfragen denkbar.

Aus seiner Sicht rege die App das Bewusstsein für klimafreundliche Mobilität an, man könne hier aber sicherlich noch weiter in die Breite gehen.

Es sei eine tolle App, so Ratsherr Dolan. Er sei sonst im Ausschuss für Arbeit, Wirtschaft und Regionalentwicklung, wo man eine App berate, die das Einkaufsverhalten der Bürger*innen positiv in Richtung lokalem Handel beeinflussen solle. Er halte an dieser Stelle eine Kombination der beiden für möglich.

Frau Burgdorff merkt an, dass die Stadt über verschiedenste Apps verfüge. Man sei natürlich mit der Wirtschaftsförderung im Austausch, nehme aber auch gerne das Angebot an, einmal im oben erwähnten Ausschuss die App vorzustellen.

Auch Herr van den Hurk lobt die App, sieht jedoch Verbesserungsbedarf bei den enthaltenen Angeboten für die Klimataler. Er möchte gerne wissen, ob die App in andere Apps wie die Mova oder Naveo App integrierbar sei.

Dies wird von Herrn Oebels verneint. Frau Strehle bestätigt, dass man von den Problemen mit den verfügbaren Angeboten wisse, man sei derzeit dabei eine Lösung zu erarbeiten.

Frau Burgdorff zeigt sich gerne bereit, mit der ASEAG in Gespräche über mögliche Kooperationen einzusteigen, was von Frau Driessen von der ASEAG bestätigt wird.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt den Weiterbetrieb der App „aachen.move“ im Jahr 2023.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 14 Haltepunkt Aachen Eilendorf, Ergebnisse der Machbarkeitsstudie Rampen

Vorlage: FB 61/0513/WP18

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung verschoben.

zu 15 Projektierung der S-Bahn Rheinisches Revier - Abschnitt West - Bedburg-Jülich- Aachen

Vorlage: FB 61/0514/WP18

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat der Stadt Aachen, den folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Rat der Stadt Aachen bekräftigt die Bedeutung der Westtangente der S-Bahn Rheinisches Revier als notwendige überregionale Anbindung der Oberzentren der Rheinschiene Köln/Düsseldorf mit den Hochschul- und Forschungsstandorten Jülich und Aachen und als erforderliche Neubaustrasse zur Erschließung bislang nicht an den SPNV angebundener Kommunen.

Der Rat der Stadt Aachen hält es für erforderlich, angesichts wahrnehmbarer Zurückhaltung in der Projektierung gegenüber dem Land NRW, dem Regionalrat Köln, den zuständigen SPNV-Aufgabenträgern und der DB Netz AG die Aufnahme konkreter Planungsleistungen für das im Investitionsgesetz Kohleregionen platzierte Projekt einzufordern.

Vor dem Hintergrund einer in diesem Sinne einheitlichen Beschlussfassung der Kreistage Düren, Rhein-Erft-Kreis, dem Rat der Stadt Aachen und des Städteregionstages Aachen wird die Verwaltung beauftragt, den benannten Akteuren gegenüber die Forderungen einzubringen und dort auf verbindliche Beschlussfassungen der jeweiligen politischen Gremien zu drängen.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 16 Bachoffenlegung in der Innenstadt

- hier: Variantenuntersuchung Gerinneführung Paubach vom Fischmarkt bis Theaterplatz/Kapuzinergraben

Vorlage: FB 61/0515/WP18

Ratsfrau Breuer gibt an, dass die Bachoffenlegung sie sehr freue. Sorgen machten ihr lediglich die doch sehr trockenen Sommer. Sie regt an, es möglich zu machen, auch die Theaterstraße mit einzubeziehen. Auch Ratsherr Neumann bestätigt, dass es sich um ein tolles Projekt handele. Man solle nur darauf achten, wie man das Ganze in den laufenden Verkehr integriere.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Planungsausschuss die Verwaltung zu beauftragen, im Zusammenhang mit der Planung des

Paubachgerinnes in Klappergasse und Rennbahn die weitere Führung gemäß Variante 2 über Schmiedstraße und Kleinmarschierstraße bis zum Kapuzinergraben planerisch zu vertiefen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 17 Lebenswerte Innenstadt -

Hier: Sachstandsbericht zum Ratsantrag 32/18

Vorlage: FB 61/0508/WP18

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 18 Bewohnerparken „U“ (Körnerstraße)

Hier: Einrichtung der Zone „U“ mit zeitgleicher Zonenerweiterung

„J1“ und „W“

Vorlage: FB 61/0511/WP18

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung vertagt.

zu 19 Umgestaltung der Krakaustraße im Rahmen der Konzepte der Premiumfußwege und Rad-Vorrang-Routen

Vorlage: FB 61/0500/WP18

Ratsherr Neumann möchte wissen, ob man die rote Markierung und die Ausweisung der Straße Südstraße auch vor die Baumaßnahme vorziehen könne.

Frau Strehle erklärt, dass man zu der Südstraße noch keinen Planungsbeschluss initiiert habe.

Gleichwohl habe die Firma Regionetz mitgeteilt, dass sie hier an einigen Stellen tätig werden müsse, so

dass man alles Weitere erst danach in die Wege leiten wolle. Gerne nehme sie den Frage der vorzeitigen Markierung und Ausschilderung der Krakaustraße als Fahrradstraße zur Prüfung mit.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, eine Bürger*innenbeteiligung durchzuführen, deren Erkenntnisse in die Vorlage zum Planungsbeschluss einfließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 20 Kochstraße (ganze Straße, kein Abschnitt) als Haupterschließungsstraße

Vorlage: FB 60/0064/WP18

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss beschließt die Abrechnung der als Haupterschließungsstraße ausgebauten Erschließungsanlage „Kochstraße“ zum Zwecke der Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG in Verbindung mit der städtischen Ausbaubeitragssatzung vom 11.12.2015 in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 18.12.2019 (SBS).

Finanzielle Auswirkungen

PSP 5-120102-900-02900-160-1 Kostenart 68870000 Erschließungsbeiträge

Maßnahmenbezogene Einnahmen

62.980,00 € Beiträge gem. § 8 KAG

Aufgrund des Ratsbeschlusses vom 11.12.2019 reduziert sich dieser Betrag auf **31.490,00 €**.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 21 Erhöhung des Taxentarifs;

hier: Antrag der Fachvereinigung Personenverkehr Nordrhein Taxi-Mietwagen e.V. vom 28.03.2022

Vorlage: FB 61/0523/WP18

Herr Nalbach regt an, dass man die unterschiedlichen Rechte der Taxen im Vergleich zu den Mietwagenfirmen besser kontrollieren solle, um so die Konkurrenz zu entschärfen.

Die Rechte der Taxen seien durch die Vergabe der Konzessionen gesetzlich geregelt, erläutert Herr Kempf von der Verwaltung. Die Überprüfung der Einhaltung dieser Rechte allein durch diese Gruppe sei Belang des fließenden Verkehrs und somit Angelegenheit der Polizei.

Wie die derzeitige Auslastung der Taxen denn sei, möchte Herr Hofmann gerne wissen. Hierzu ist die Verwaltung spontan nicht sprechfähig.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den 14. Nachtrag zum Taxitarif für die Stadt Aachen zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat der Stadt, die Erhöhung des Taxitarifes für die Stadt Aachen zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

16 Zustimmungen, 1 Enthaltung

zu 22 Mitteilungen der Verwaltung

Frau Burgdorff weist auf verschiedene Veranstaltungen im November hin, die dem Ausschuss mitgeteilt worden seien.

Zur Veranstaltung am 22.11.2022 habe sich zudem unter anderen der Landesumweltminister Krischer angekündigt.

Herr Kempf berichtet ergänzend zu der Mitteilung der Verwaltung über den Prozess zur Regelung der Befahrbarkeit der Krämerstraße. Man habe nunmehr nach einem langwierigen Prozess eine gute Lösung für den zeitlich begrenzten Liefer- und Ladeverkehr durch Lastenräder gefunden. Dieses Ergebnis gelte jedoch nicht für normale Fahrräder, deren Nutzer*innen weiterhin absteigen müssten.

Frau Burgdorff verweist an dieser Stelle auf die derzeit noch ausstehende Überprüfung der Straßenverkehrsordnung, die dann vielleicht noch optimiertere Lösungen eröffne.

Alle seitens der Ausschussmitglieder vorgeschlagene anderen Lösungsmöglichkeiten zur Gültigkeit für Fahrräder seien leider derzeit rechtlich noch nicht umsetzbar.

Frau Strehle verweist auf ein am Anfang der Ratsperiode angebotenes Vortragsprogramm zu mobilitätspolitischen Fachthemen. Dieses sei derzeit in der Fortschreibung und man könne bei Bedarf gerne im nächsten Jahr noch einmal über eine entsprechende Neuauflage nachdenken.

Auf das derzeitige Park and Ride Angebot in Richterich wegen der Sperrung der Turmbrücke kommt Herr Müller von der Verwaltung zu sprechen. Dieses sei leider zu wenig genutzt worden, so dass man, auch im Hinblick auf die präsenten Personalprobleme der ASEAG den Shuttle zum nächsten Monat einstellen werde.

Nichtöffentlicher Teil

zu 1 Mitteilungen der Verwaltung:

Es gibt keine Wortmeldungen.

Wenzel
Ausschussvorsitzende

Retterath
Schriftführerin

Gesehen

Keupen
Oberbürgermeisterin